

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
21. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
22.09.2011**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 22.09.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2011 aus öffentlicher Sitzung
- 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.03.2011 aus öffentlicher Sitzung
3. Festlegung des Termins für den 31. Bürgerempfang
4. Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister
5. Neubestimmung der Ausschussvorsitze
6. Neuverteilung und Neuzuteilung der Ausschussvorsitze
- 6.1 Neuverteilung und Neuzuteilung der 1. stellvertretenden Ausschussvorsitze
- 6.2 Neuverteilung und Neuzuteilung der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze
7. Änderung der Bestellung von Vertretern der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service
8. Festsetzung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2011
9. Änderung der Dringlichkeitsliste zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen
10. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg

11. Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2012/13
 12. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes - Einkaufszentrum Am Wasserturm - hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
 13. Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -
 14. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
 15. Photovoltaik auf städtischen Dächern
 16. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 11.07.2011 betr. Überprüfung des Namens "Röchlingstraße"
 17. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einwohnerversammlung, hier Form der Einladung, der Bekanntmachung
 18. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einwohnerversammlung BP Nr. 86 - Saarstraße
 19. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Einkaufszentrum am Wasserturm
 20. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Schließung des Pfarrsaals in Marienberg zum 01.01.2012
 21. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 21.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaktes; hier: Schulsozialarbeit
 - 21.2 Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Scherpenseel vom 30.08.2011 betr. Neuorientierung und Umsetzung des Hochwasserschutzes "Heerlener Straße"
 - 21.3 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 19.09.2011 betr. Derivatgeschäfte der Stadt Übach-Palenberg mit der WestLB auf Vermittlung der KSK Heinsberg
 - 21.4 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 19.09.2011 betr. Eilantrag zum Umgang mit Kredit- und Geldgeschäften
 22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 23. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
 24. Einwohnerfragestunde
- Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 25. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 25.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 25.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.03.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 26. Personalangelegenheit
- 26.1 Einstellung einer Fachbereichsleitung Hoch- und Tiefbau
- 26.2 Antrag auf weitere Hinausschiebung der Altersgrenze
- 27. Vergabeangelegenheit
- 27.1 Auftragsverlängerung Gebäudereinigung
- 27.2 Prüfung der Jahresrechnung
- 28. Ansiedlung eines neuen Hotels in der Stadt Übach-Palenberg
- 29. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung betr. Unterbringung von Obdachlosen im Stadtgebiet Übach-Palenberg
- 30. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 30.1 Automatische Brandmeldeanlage PZ Schulzentrum
- 31. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU

Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

Abwesende Stadtverordnete

Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Kämmerer Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er erklärte, dass es vor Einstieg in die Tagesordnung seine traurige Pflicht sei, Stadtverordneten Dr. Tuchtenhagen zu verabschieden. Stadtverordneter Dr. Tuchtenhagen habe sein Mandat zum 01.10.2011 niedergelegt und nehme daher heute zum letzten Mal an einer Sitzung teil. Sein Nachfolger sei Wolfgang Gudduschat.

Bürgermeister Jungnitsch bedankte sich bei Stadtverordnetem Dr. Tuchtenhagen für die geleistete Arbeit. Er habe stets knapp und präzise auf hohem intellektuellem Niveau seine Meinung vertreten. Vom 07.03.2005 bis 20.10.2009 sei er sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss gewesen, zum 21.10.2011 sei er als Stadtverordneter in den Rat der Stadt Übach-Palenberg gewählt worden. In der Ratssitzung am 17.11.2009 habe man ihn in den Haupt- und Finanzausschuss gewählt und weiterhin als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in den Vorstand des Vereins zur Pflege internationaler Städtepartnerschaften Übach-Palenberg e.V. und in den Lenkungskreis des Stadtmarketings. Zum 01.10.2011 habe er nun nach langer Überlegung sein Mandat aus persönlichen Gründen niedergelegt.

Bürgermeister Jungnitsch überreichte Stadtverordneten Dr. Tuchenhagen einen Wappenteller und eine Flasche Wein.

Stadtverordneter **Dr. Tuchenhagen** bedankte sich herzlich für die netten Worte, die Geschenke und vor allem für die gute Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, der Verwaltung und allen Ratsmitgliedern. Seine Entscheidung sei ihm nicht leicht gefallen und er habe lange mit sich gerungen. Seine Arbeit als Stadtverordneter und sein Beruf lassen sich zeitlich jedoch kaum miteinander vereinbaren, so dass er sich letztendlich für die Niederlegung seines Mandats entschieden habe. Eine Mitwirkung in den Ausschüssen als sachkundiger Bürger oder Einwohner könne er sich auch zukünftig vorstellen, nicht jedoch die Arbeit als „Einzelkämpfer“ im Stadtrat.

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Stadtverordneter **Weißborn** teilte mit, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 3 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die vorliegende Tagesordnung wurde inklusive der Erweiterungspunkte 21.1 bis 21.4 und 30.1 einstimmig beschlossen.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.07.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 21.07.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

2.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2011 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.03.2011 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 24.03.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Festlegung des Termins für den 31. Bürgerempfang**

Beschluss:

Der 31. Bürgerempfang findet am 7. Januar 2012, im Pädagogischen Zentrum, Otto-von-Hubach-Straße, in der Zeit von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr, statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister**

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werden dem vorliegenden Entwurf vollumfänglich zustimmen. Sie habe keine Änderungsvorschläge.

Stadtverordneter **Weißborn** teilte mit, die SPD-Fraktion lehne die vorliegende Zuständigkeitsordnung ab, weil man hiermit nicht das Grundproblem, nämlich, dass es zu viele Ausschüsse gebe, ändere. Solange man die Anzahl der Ausschüsse nicht reduziere, helfe es auch nicht, die Zuständigkeitsordnung nachzubessern.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion werde dem vorliegenden Entwurf zustimmen.

Beschluss:

Die Neufassung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Neufassung der Zuständigkeitsordnung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

13 Nein-Stimmen
17 Ja-Stimmen

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung, da er aufgrund § 40 Absatz 2 Satz 6 GO zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht besitzt.

5. **Neubestimmung der Ausschussvorsitze**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, da die neugefasste Zuständigkeitsordnung wesentliche Änderungen enthalte, könne man grundsätzlich eine Neubestimmung der Ausschussvorsitze vornehmen. Von Seiten der SPD-Fraktion verzichte man allerdings auf ein solches Verfahren, da man zu keinem anderen Ergebnis bei den Ausschussvorsitzen kommen würde. Man wolle daher die Sitzung nicht unnötig aufhalten.

Stadtverordneter **Gudduschat** bedankte sich hierfür bei der SPD-Fraktion.

Es bestand allgemeines Einvernehmen darüber, dass keine Neubestimmung der Ausschussvorsitze erfolgen solle.

6. **Neuverteilung und Neuzuteilung der Ausschussvorsitze**

6.1 **Neuverteilung und Neuzuteilung der 1. stellvertretenden Ausschussvorsitze**

Aufgrund der unter Tagesordnungspunkt 5 gefassten Entscheidung entfällt Tagesordnungspunkt 6.1.

6.2 **Neuverteilung und Neuzuteilung der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze**

Aufgrund der unter Tagesordnungspunkt 5 gefassten Entscheidung entfällt Tagesordnungspunkt 6.2.

7. **Änderung der Bestellung von Vertretern der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service**

Beschluss:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service wird als Ersatz für Dezernent Hans-Peter Gatzen Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek entsandt.

Als Stellvertreterin der Stadt Übach-Palenberg in die Mitgliederversammlung des Heinsberger Tourist-Service wird als Ersatz für Stadtamtsrat Michael Wirth Stadtinspektorin Jutta Gündling entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. **Festsetzung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2011**

Beschluss:

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10 Millionen Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. **Änderung der Dringlichkeitsliste zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe bereits in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gesagt, die SPD-Fraktion werde der vorliegenden Beschlussempfehlung ausdrücklich und sehr gerne zustimmen, da sie das enthalte, was die SPD-Fraktion in der Haushaltsberatung gefordert habe, nämlich Maßnahmen wie zum Beispiel die Öffnung der Aachener Straße zugunsten der Schulen zurückzustellen. Somit sei die Öffnung der Aachener Straße seiner Meinung nach vom Tisch.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, diese Maßnahme sei nicht vom Tisch, sondern aufgrund der finanziellen Situation verschoben worden.

Stadtverordnete **Weinhold** sagte, sie hoffe, dass Stadtverordneter Weißborn nur aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation gegen die Öffnung der Aachener Straße sei und nicht generell.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsliste wird zur Finanzierung des IT-Konzeptes in den Schulen wie aus der Anlage ersichtlich geändert (die Anlage ist der Niederschrift beigelegt).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. **Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg**

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung im Rechnungsprüfungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss jeweils einstimmig beschlossen worden sei. Allerdings sollte der Betrag 410,00 € jeweils um den Begriff "netto" ergänzt werden.

Beschluss:

Die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Übach-Palenberg wird neugefasst (die Neufassung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Der Betrag 410,00 € wird jeweils um den Begriff "netto" ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2012/13
-

Beschluss:

1. Vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenz wird die KGS Übach in eine Offene Ganztagschule umgewandelt.
2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg sind die zur Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushalt 2012 einzustellen.
3. Die Durchführung der OGS erfolgt im Rahmen eines nach Erlasslage auskömmlichen Finanzierungskonzeptes, wobei die Stadt eine Garantieverpflichtung für evtl. Finanzierungslücken bis zur Höhe von 5.000 Euro jährlich übernimmt, da seitens der Schule auf den Einsatz der städt. Eigenmittel für die Ausgestaltung außerunterrichtlicher Angebote zu verzichten ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes - Einkaufszentrum Am Wasserturm -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen vorgetragen wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Be-

lange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.9 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Im Rahmen des interkommunalen Abstimmungsgebotes gem. § 2 Abs. 2 BauGB haben die Stadt Baesweiler (Anlage 2.7) und die Stadt Herzogenrath (Anlage 2.4) Anregungen vorgebracht (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Die Stadt Alsdorf und die Gemeinde Landgraaf haben keine Anregungen vorgebracht. Die Stadt Geilenkirchen hat sich positiv zu der Planung geäußert und ein gutes Gelingen gewünscht.

3. Der Planentwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes – Einkaufszentrum Am Wasserturm - wird beschlossen.
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes – Am Wassertrum - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

13. Erschließungsvertrag für den Bebauungsplan Nr. 111 - Kirchenweg II -

Beschluss:

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der S-Bauland GmbH, Dr.-Eberle-Platz 1, 41812 Erkelenz wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**14. Bebauungsplan Nr. 111 Kirchenweg II
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, sie werde gegen die Beschlussempfehlung stimmen. Eine ausführliche Begründung hierzu habe sie bereits in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gegeben.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, wie bereits in der vergangenen Haupt- und Finanzausschusssitzung gesagt, könne er dieses Handeln nicht nachvollziehen. Man könne, wenn man grundsätzlich für etwas ist, nicht dagegen stimmen nur um ein Zeichen zu setzen.

Beschluss:

1. Über die von Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bzw. § 4 Abs. 2 BauGB wird entsprechend der Anlage 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 111 – Kirchenweg II – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils 1 Nein-Stimme und 30 Ja-Stimmen

15. Photovoltaik auf städtischen Dächern

Dezernent **Gatzen** erklärte, dass zwischenzeitlich allen Ratsmitgliedern die Unterlagen der Kommunalaufsicht und des Herrn Dr. Wissing zur Verfügung gestellt worden seien. Man habe auch noch einmal mit Herrn Dr. Wissing gesprochen und festgestellt, dass er bei seinen Berechnungen genauso vorgegangen sei wie die Verwaltung, nur dass er mit aktuelleren Zahlen gearbeitet habe.

Aufgrund der Entscheidung der Kommunalaufsicht, einer Eigenrealisierung nicht zuzustimmen, schlage die Verwaltung vor, die als geeignet eingestuften Dachflächen zu verpachten.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe die Stellungnahme der Kommunalaufsicht mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Alle Berechnungen zeigen, dass die Eigenrealisierung rentabel sei. Verpachte man die Dachflächen nun, schöpfen andere den Gewinn ab. Er sei immer noch der Auffassung, dass die Entscheidung der Kommunalaufsicht nicht richtig sei. Zumal der Landrat in der Presse grundsätzlich signalisiert habe, für die Förderung von Photovoltaikanlagen zu sein. Er habe die Bitte, noch einmal ein Gespräch mit dem Landrat zu führen, bevor eine Entscheidung für eine Verpachtung getroffen werde.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, die Kommunalaufsicht habe eine eindeutige Entscheidung getroffen, an die sich die Stadt halten müsse. Somit komme jetzt nur noch die Verpachtung in Betracht und die Zeit dränge. Wolle man sich noch einmal mit dem Landrat in Verbindung setzen, müsse dies kurzfristig geschehen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er sehe dies anders, auch wenn die Kom-

munalaufsicht die Eigenrealisierung ablehne. Wenn etwas wirtschaftlicher sei, dann müsse auch das Wirtschaftlichere umgesetzt werden. Daher habe er die Bitte, sich massiv gegen die Entscheidung der Kommunalaufsicht zu stellen und diese nicht hinzunehmen. Dies sei zeitlich auch noch schaffbar.

Stadtverordneter **Bien** entgegnete, die Ablehnung der Kommunalaufsicht werde mit der finanziellen Vorleistung begründet. Diese Aussage sei eindeutig. Und dies werde er so zur Kenntnis nehmen.

Bürgermeister Jungnitsch zitierte aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht: "Auch die Tatsache, dass die Investition langfristig wirtschaftlich und rentabel ist, lässt in diesem Fall keine andere Entscheidung zu." Dies sei eine klare Aussage und er halte eine Gegenwehr hier für zwecklos. Er wolle daher nun über den Beschlussvorschlag der Verpachtung der Dachflächen abstimmen lassen.

Beschluss:

Die als geeignet eingestuftten Dachflächen werden für die Errichtung von Photovoltaikanlagen verpachtet.

Abstimmungsergebnis:

13 Nein-Stimmen

18 Ja-Stimmen

16. **Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 11.07.2011 betr. Überprüfung des Namens "Röchlingstraße"**
-

Beschluss:

Der Straßennamen Röchlingstraße wird beibehalten. Zur genaueren Erläuterung des Namens wird folgender Zusatz an den Straßenschildern angebracht: „Benannt nach Carl Röchling (1825 bis 1910), Industrieller aus Völklingen, Namensgeber und Miteigentümer der ehem. Zeche Carl-Alexander.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17. **Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einwohnerversammlung, hier Form der Einladung, der Bekanntmachung**
-

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er halte eine persönliche Einladung oder einen Hauseinwurf für aufwendig und kostenintensiv. Er schlage daher vor, vor jeder Einwohnerversammlung die entsprechenden Kosten zu ermitteln und dann

eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Er wolle in dem Zusammenhang nur an die Einwohnerversammlung zum Einkaufszentrum Am Wasserturm erinnern. Hier hätte man ja theoretisch alle Übach-Palenberger einladen müssen.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dies sei nur ein Ausnahmefall gewesen. In der Regel gehe es um einen kleineren Kreis. Der Antrag der SPD-Fraktion mag etwas aufwendig erscheinen, aber der Aufwand sei es wert. Immerhin gehe es hierbei um Bürgerbeteiligung. Er habe die Bitte, dies Ernst zu nehmen und dem Antrag zuzustimmen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie könne sich mit dem Antrag anfreunden, wenn jeweils vorher festgelegt werde, wie eingeladen wird.

Bürgermeister Jungnitsch schlug vor, die Entscheidung, wie eingeladen werde, jeweils gleichzeitig mit der Festlegung der Stadtverordneten, die an den der jeweiligen Einwohnerversammlung teilnehmen, vorzunehmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bekanntmachungen für Einwohnerversammlungen zukünftig zusätzlich auch, entweder durch persönliche Anschreiben oder durch Hauswurfsendung im betroffenen Gebiet zu veröffentlichen. Die Entscheidung hierzu wird jeweils im Einzelfall und zwar gleichzeitig mit der Festlegung, welche Stadtverordneten an der Einwohnerversammlung teilnehmen, getroffen.

Der anstehende Sachverhalt wird in der Einladung umfassend erläutert. Insbesondere sind alle Straßen aufzulisten, die beispielsweise von einem Bebauungsplan betroffen sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einwohnerversammlung BP Nr. 86 - Saarstraße

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde gegen den Antrag stimmen. Es habe sowohl eine Einwohnerversammlung als auch anderweitige Möglichkeiten der Meinungsäußerung gegeben.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er könne sich seinem Vorredner nur anschließen. Es habe eine Einwohnerversammlung stattgefunden. Dabei sollte man es belassen. Er sei dagegen, dass die Angelegenheit zu einem Politikum wird.

Stadtverordneter **Rißmayer** entgegnete, er finde es merkwürdig, dass man bei dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt beschlossen habe, zukünftig anders zu Einwohnerversammlungen einzuladen, damit die Betroffenen hinreichen-

der über Termin und Inhalt informiert werden. In dem vorliegenden Fall, in dem sich viele Betroffene über unzureichende Informationen beschwert haben, wolle man nun aber nicht die Konsequenz ziehen und eine erneute Einwohnerversammlung ansetzen. Es sei wichtig, die Kritik und die Beschwerden aufzunehmen. Und deshalb halte er eine erneute Einwohnerversammlung für richtig.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend eine erneute Einwohnerversammlung im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 - Saarstraße durchzuführen und die Ergebnisse in das Bebauungsplanverfahren einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
16 Nein-Stimmen

19. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Einkaufszentrum am Wasserturm

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, der Antrag sei ausreichend begründet, so dass er hier keine weiteren Erläuterungen vorbringen wolle. Die Einwohnerversammlung habe ihm Recht gegeben, dass die Vertreter der Einzelhändler in die gesamte Angelegenheit eingebunden werden sollten.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, mit der Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe sei er nicht einverstanden. Außerdem beschwere sich doch gerade die SPD-Fraktion ständig darüber, es gebe zu viele Ausschüsse. Und jetzt wolle man eine zusätzliche Arbeitsgruppe einrichten.

Er vertrete die Auffassung, dass ausreichend Sachverstand in den entsprechenden Ausschüssen vorhanden sei, um über die Entwicklung Einkaufszentrum zu beraten. Hier könne man auch Beteiligte zu einladen.

Stadtverordnete **Weinhold** stimmt ihrem Vorredner zu. Eine Arbeitsgruppe würde die Angelegenheit nur verzögern.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dies sehe er anders. Den Stadtentwicklungsausschuss habe man bereits auch schon in der Angelegenheit übergangen. Seiner Meinung nach müssten die Aktionskreise Übach und Palenberg mit eingebunden werden. Immerhin gehe es hier um die Zukunft von Übach-Palenberg.

Beschluss:

Zum geplanten Bau des Einkaufszentrums am Wasserturm wird eine Ar-

beitsgruppe eingerichtet, die sich aus Vertretern der Verwaltung, der Fraktionen, des Investors und je einem Vertreter der beiden Aktionskreise Pahlenberg und Übach zusammensetzt.

Die beiden großen Fraktionen von CDU und SPD entsenden jeweils zwei Vertreter, die kleineren Fraktionen jeweils einen Vertreter. Für die Verwaltung entscheidet der Bürgermeister, wer in diesem Arbeitskreis mitarbeiten soll, eine Anzahl wird hier nicht vorgegeben.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen
16 Nein-Stimmen

20. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 26.08.2011 betr. Schließung des Pfarrsaals in Marienberg zum 01.01.2012

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** wies darauf hin, dass der Bürgermeister und die Verwaltung bereits an dem Problem arbeiten und nach Lösungen suchen. Zur Bekräftigung werde die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass bereits Gespräche stattgefunden haben. Er habe die Angelegenheit als ein Geschäft der laufenden Verwaltung aufgefasst und hätte entsprechend hierüber berichtet. Er hoffe, Lösungen für das Problem zu finden. Er könne somit nur für den vorliegenden Antrag werben. Man werde mit den bisherigen Aktivitäten fortfahren und hierüber berichten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich zeitnah mit der Problematik der wegfallenden Räumlichkeiten im Stadtteil Marienberg zu beschäftigen. Von der Verwaltung ist eine Auflistung der bestehenden Möglichkeiten zu erstellen, in der alle Räumlichkeiten erfasst werden, die dem Zweck von Begegnung und der Durchführung von Veranstaltungen entsprechen könnten. Auch ist zu überlegen, in welcher Form eventuelle Räumlichkeiten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können (Trägerschaft) und mit welchen Kosten zu rechnen sind. Die Zielsetzung sollte sein, dafür zu sorgen, dass in Marienberg auch zukünftig Räumlichkeiten für Begegnungen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Der zuständige Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing ist an den Überlegungen zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21 Erweiterungen zur Tagesordnung

21.1 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Schulsozialarbeit

Beschluss:

1. Dem Abschluss des als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Übach-Palenberg zur Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die Stellen sind einzurichten und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Diese werden vollumfänglich gedeckt durch die Finanzierungszusage des Kreises.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21.2 Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Scherpenseel vom 30.08.2011 betr. Neuorientierung und Umsetzung des Hochwasserschutzes "Heerleener Straße"

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die Anregung sei bereits in der vergangenen Haupt- und Finanzausschusssitzung angesprochen und auf Antrag der SPD-Fraktion an den Rat verwiesen worden.

Schriffthführerin **Schade** verlas die Anregung (die Anregung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, das Problem liege nicht auf niederländischer Seite. Dass das Hochwasser in Scherpenseel ein Problem sei, sei allerdings klar. Er habe die Bitte an die Verwaltung zu prüfen, ob wirklich alle Prüfungen und Vorgaben durchgeführt bzw. umgesetzt worden seien. Wenn dies wirklich so sei, so sei das Problem liegenschaftsbedingt. Und dann sei die Enteignung das letzte Mittel. Hierfür müsse man aber genau dokumentiert haben, was unternommen wurde.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, die Niederlande haben ein 1-Rohr-Kanalsystem, wir ein 2-Rohr-Kanalsystem. Das Gutachten enthalte aber den Vorschlag, die Kanalsysteme zusammenzufassen. Dies sei für sie unverständlich und aus ökologischen Gesichtspunkten auch nicht wünschenswert. Sie bitte die Verwaltung um umfassende Aufklärung der Sachlage.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, aufgrund fehlender Fachkompetenz würde er sich auf das bestehende Gutachten verlassen müssen. Und der ökologische Gesichtspunkt stehe beim Hochwasserschutz in Scherpenseel auch nicht vorne.

Es gehe derzeit um die Realisierung des Hochwasserschutzes. Und dafür fehlen die von Stadtverordneten Weißborn angesprochenen Informationen. Deswegen sei seiner Meinung nach eine Verweisung der Angelegenheit in den zuständigen Fachausschuss sinnvoll.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er stimme dem Vorschlag, die Angelegenheit in den Fachausschuss zu verweisen, zu. Dort sollen dann auch alle Informationen zusammengetragen werden. Wichtig sei, dass etwas passiere.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21.3 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 19.09.2011 betr. Derivatgeschäfte der Stadt Übach-Palenberg mit der WestLB auf Vermittlung der KSK Heinsberg

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, zunächst einmal wolle sie sich bei Bürgermeister Jungnitsch bedanken, dass er so öffentlich mit der ganzen Angelegenheit umgehe.

Zwischenzeitlich seien verschiedene Rückmeldungen in der ganzen Angelegenheit erfolgt, unter anderem auch vom Bürgermeister a. D. Paul Schmitz-Kröll. Um so mehr stelle sich die Frage, inwieweit die WestLB falsch beraten habe.

Die im Antrag genannten Gremien zu Überprüfung der Angelegenheit habe man deswegen ausgewählt, weil diese für die Stadt kostenneutral seien.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die Stellungnahme des Bürgermeisters a. D. habe ihn erst in einer Besprechung kurz vor der Sitzung erreicht. Somit habe er sich hiermit noch nicht intensiv auseinandersetzen können und wolle sich somit hierzu auch noch nicht äußern.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er halte den Antrag der UWG-Fraktion für völlig unnötig und für Effekthascherei. In der letzten Sitzung habe der Kämmerer ausführlich mitgeteilt, dass die Angelegenheit umfassend geprüft werde. Warum also der Antrag?

Auch er habe das Schreiben des Bürgermeisters a.D. erst kurz vor der Sitzung erhalten und somit noch nicht ausführlich gelesen. Er habe aber gesehen, dass er seine Mithilfe angeboten habe. Es bedürfe damit keines weiteren Antrages der UWG-Fraktion. Aus dem Schreiben des Städte- und Gemeindebundes lasse sich ersehen, dass viele Städte in NRW hiervon betroffen seien. Dies zeige, dass

man es hier nicht mit "Zockerei" zu tun habe. Man habe sich auf die Beratung ausdrücklicher Fachleute verlassen. Ihn ärgere die Formulierung "grob fahrlässig" in dem vorliegenden Antrag. Dies sei nicht seriös. Die Stadt habe doch bereits Kontakt mit dem Städte- und Gemeindebund aufgenommen. Dies sei auch vernünftig. Aber gerade deswegen halte er den Antrag für Effekthascherei, da die Prüfung ohnehin stattfinden werde. Und deswegen werde er diesen auch ablehnen. Aber natürlich habe auch er Interesse an der Aufklärung der ganzen Angelegenheit.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, wenn Bürgermeister a.D. Paul Schmitz-Kröll seine Hilfe angeboten habe, gelte ihm hierfür sein Dank. Man habe auch bereits die GPA angeschrieben mit der Bitte um Stellungnahme, da diese die ausdrückliche Empfehlung ausgesprochen habe. Man nehme die GPA grundsätzlich und verständlicherweise ernst und somit auch deren Empfehlungen an.

Man befinde sich derzeit mitten in der Prüfung. Er sehe den Antrag der UWG-Fraktion als unterstützend an und nicht als Unterstellung.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er werde dem Antrag der UWG-Fraktion zustimmen. Er sei nicht überflüssig, sondern enthalte klare Anweisungen.

Stadtverordneter **Dr. Tuchtenhagen** sagte, die Ausführungen des Bürgermeisters zeigen, dass man sich bereits mitten in den Prüfungen befinde. Deswegen stimme er der SPD-Fraktion zu, dass der Antrag wie Effekthascherei wirke. Deswegen werde auch er gegen den Antrag stimmen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erläuterte, der grundsätzliche Weg müsse es sein, die Angelegenheit weiterzuverfolgen und zu überprüfen. Allerdings werde auch immer gesagt, der Rat habe nichts entschieden. Man müsse aber auch deutlich machen, dass der Rat immer informiert gewesen sei und wusste, welche Geschäfte abgeschlossen wurden. Er erinnere sich auch daran, dass der Bürgermeister a.D. sehr skeptisch gewesen sei, aber aufgrund der Beratungen eine andere Haltung angenommen habe. Deswegen liege für ihn der Fokus auf der Beratung. Er bedauere die ganze Angelegenheit, aber er könne nicht sagen, er hätte nichts gewusst. Man habe sich auf den Sachverstand der GPA und der WestLB verlassen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich den Städte- und Gemeindebund NRW und die Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg bzw. das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW um Überprüfung in dieser Angelegenheit zu bitten, um eine zusätzliche Meinung einzuholen. Diesen sind alle Unterlagen, Vermerke, Gesprächsprotokolle usw. vorzulegen, die mit dem Abschluss der Derivatgeschäfte in Verbindung stehen. Auf dieser Grundlage soll geklärt werden, ob die auf Seiten der Stadt Übach-Palenberg involvierten Personen grob fahrlässig gehandelt haben oder ob durch die WestLB seinerzeit unzureichend/ falsch beraten wurde. Abschließend soll eine Empfehlung ausgesprochen werden, welche rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Übach-Palenberg verbleiben, Regressansprüche notfalls gerichtlich durchzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

14 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

16 Ja-Stimmen

21.4 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 19.09.2011 betr. Eilantrag zum Umgang mit Kredit- und Geldgeschäften

Schriffthführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er den Verdacht habe, der sogenannte "Eilantrag" sei mit zu heißer Nadel gestrickt worden.

Die generelle Festlegung der namentlichen Abstimmung verstoße gegen die Geschäftsordnung. Weiterhin sei in dem Antrag von allen zukünftigen Kreditgeschäften die Rede - wie solle das praktisch umsetzbar sein? Er halte den vorliegenden Antrag nicht für sinnvoll.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, so wie der Antrag vorliege, könne er nicht zustimmen. Die politischen Gremien sollten aber generell stärker beteiligt werden. Er sei gegen die namentliche Abstimmung als generelle Festlegung. Verantwortung sollte aber auch in den politischen Gremien übernommen werden. Daher halte er den Antrag generell für wichtig. Bei den Krediten sollte man die Kredite zur Liquiditätssicherung herausnehmen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er könne die Einwände nachvollziehen. Deswegen sei er einverstanden, die namentliche Abstimmung und die Kredite zur Liquiditätssicherung herauszunehmen. Ansonsten wolle er den Antrag aber bestehen lassen.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, er könne sich der Aussage des Stadtverordneten Gudduschat anschließen. Der Antrag sei relativ überflüssig. Dass der Rat in wichtigen Angelegenheiten zu beteiligen sei, sei klar. Dies ergebe sich bereits aus dem Runderlass des Innenministeriums vom 26.03.2009. Zielrichtung sei, wenn überhaupt noch Derivatgeschäfte abgeschlossen werden sollen, dann mit der Entscheidung des Rates. Aber für das laufende Geschäft sei weiterhin die Verwaltung zuständig.

Bürgermeister Jungnitsch erläuterte, er habe bereits erklärt, dass er es ablehne solche Geschäfte, wie die in Rede stehenden Derivatgeschäfte, ohne die Entscheidung des Rates abzuschließen. Das generelle Kreditvolumen werde im Haushalt festgelegt. Somit halte er den Antrag der SPD-Fraktion nicht für notwendig.

Bürgermeister Jungnitsch ließ über den Antrag mit den oben genannten Einschränkungen (keine namentliche Abstimmung, Ausschluss der Kredite zur Liquiditätssicherung) abstimmen.

Beschluss:

Alle zukünftigen Kredit- und Geldgeschäfte, mit Ausnahme der Kredite zur Liquiditätssicherung, sind ab sofort vom Haupt- und Finanzausschuss zu genehmigen.

Jeweils halbjährlich ist vom Bürgermeister der aktuelle Stand aller Verbindlichkeiten aufzuzeigen.

Ebenso wird dem Haupt- und Finanzausschuss quartalsweise ein Bericht über das städtische Schuldenmanagement vorgelegt.

Zum Abschluss von Verträgen, die nicht den üblichen Kreditgeschäften entsprechen, oder gar auch nur ansatzweise als spekulativ anzusehen sind, bedarf es der Zustimmung des Rates.

Abstimmungsergebnis:

**13 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen
16 Nein-Stimmen**

22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass 15 Ratsmitglieder immer noch nicht Mitglied im Partnerschaftsverein seien. Und das bei einem Jahresbeitrag von nur 20 Euro. Seiner Meinung nach sollte es als verpflichtend erachtet werden als Ratsmitglied im Partnerschaftsverein Mitglied zu werden. Er werde daher noch einmal Anmeldebögen mit der Zustellung für diese Niederschrift verteilen.

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass in einem Leserbrief massive Kritik gegen Rat und Verwaltung geübt worden sei. Hierzu habe er in einer Email wie folgt Stellung genommen:

"[...], ich habe Sie bisher immer als sehr engagierten, netten und mit tollen Ideen behafteten Bürger unserer Stadt erlebt. Ich war und bin Ihnen regelmäßig sehr dankbar für Ihre Tipps und Ihre offenen Augen und Ohren, was die Dinge in unserer Stadt betreffen.

Umso mehr war ich heute über Ihren Leserbrief enttäuscht. Leider waren Sie in der entsprechenden Sitzung, wo wir das Thema "Jüdische Vergangenheit in Übach-Palenberg" auf Basis Ihrer Anregung "Stolpersteine" sehr ausführlich behandelt haben, nicht anwesend.

Wir sind dort zu dem Ergebnis gekommen, dass wir keinen Stolperstein setzen wollen, weil wir diese räumlich und personell nicht "dingfest" machen können, sondern ein Denkmal an einem noch festzulegenden besonderen Ort für alle jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes in Übach-Palenberg aufstel-

len wollen.

Gerade hierzu hatte ich mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Aachen, Herrn Dr. Robert Neugröschel, die auch für Übach-Palenberg zuständig ist, am vergangenen Montag ein längeres Gespräch und seine Zusage, dass er uns in einer verdichtenden Recherche und bei der Wahl des Platzes für die Gedenkstätte unterstützen und behilflich sein wird.

Sie sehen, dass gerade ich, als Bürgermeister und Vorsitzender des Rates der Stadt Übach-Palenberg, dieses Thema sehr ernst nehme und in diesem Sinne auch nicht oberflächlich bearbeite!

Ihr Leserbrief betrachtet diese ernste Angelegenheit nach meiner Einschätzung sehr oberflächlich. Die erhobenen Anschuldigungen und Vorwürfe gegen den gesamten Rat weise ich ausdrücklich und mit Nachdruck zurück.

Als Anlage übersende ich Ihnen die Ausarbeitung unseres Stadtschreibers Herrn Klosa zu dieser Thematik.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Jungnitsch
Bürgermeister"

- - - - -

Weiterhin gab **Bürgermeister Jungnitsch** folgende Erklärung ab:

„Mehrfach wurde in Veröffentlichungen seitens der SPD Übach-Palenberg in sehr populistischer Art über das Thema Gemeindefinanzierungsgesetz berichtet. Der Bericht bezog sich auf das Ansinnen der CDU Übach-Palenberg einer Resolution der Landespartei gegen die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 beizutreten.

Dies ist letztendlich nicht erfolgt, wohl auch aus der Überlegung heraus, dass bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Land die Erfolgsaussicht einer derartigen Resolution sehr gering ist.

In den Veröffentlichungen der SPD Übach-Palenberg wird dem geneigten Leser suggeriert, dass die CDU und der Bürgermeister (obwohl er als Bürgermeister nicht Antragsteller war) der Stadt Schaden in Millionenhöhe zugefügt hätte.

Diese Aussage ist in dieser vereinfachten, schlichten und banalen Darstellung einfach falsch.

Richtig ist:

- Der Antrag der CDU ist im Rat zwar behandelt, aber nie beschlossen worden.
- Der Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg hat diesen Antrag im Rat nie zur Abstimmung gestellt.
- Eine Resolution ist noch lange kein Beschluss im Landtag. Demnach ist die Aussage; dass hier Schaden entstanden sei, falsch!
- Die Stadt Übach-Palenberg - und dies ist die Wirklichkeit – muss ca. 1,5

Mio. Euro mehr an Kreisumlage für 2011 zahlen. Andere Kommunen des Kreises müssen z.B. weniger Kreisumlage zahlen.

Dass dies so ist, liegt insbesondere an dem von der SPD so hochgehaltenen und letztendlich auch gültigen Schlüssel für die Soziallasten im GFG 2011. Genau aufgeschlüsselt liegt die Erhöhung der Kreisumlage für Übach-Palenberg bei ca. 500.000 Euro an der Erhöhung der Jugendamtsumlage aber bei ca. 1 Mio. Euro bei der allgemeinen Kreisumlage. (Insgesamt ist die Kreisumlage gleich hoch geblieben!)

Wäre die Resolution der Landes-CDU umgesetzt worden, hätte dies auf der einen Seite den Effekt gehabt, dass die Stadt Übach-Palenberg in der Tat weniger Schlüsselzuweisung seitens des Landes bekommen hätte, auf der anderen Seite aber den Effekt, dass die Stadt Übach-Palenberg weniger Kreisumlage hätte zahlen müssen. Die Summen hätten sich in etwa ausgeglichen.

Ergo, egal wie es gekommen wäre oder ist, für Übach-Palenberg haben sich die Änderungen im GFG 2011 nicht positiv ausgewirkt.

Demnach ist die wiederholt erbrachte „Information“ der SPD irreführend, die halbe Wahrheit und insoweit falsch!“

- - - - -

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** teilte mit, dass das Kindertheater am 27.11.2011 aus organisatorischen Gründen seitens des "Landestheater Burghofbühne" mit einem anderen Stück als ursprünglich beschlossen stattfinden werde. Statt „Eine Woche voller Samstage“ werde nun „Sindbad der Seefahrer“ aufgeführt. Er gehe davon aus, dass hierzu keine neue Beschlussfassung seitens des Rates gewünscht werde.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

23. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** berichtete über die aktuelle Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg. Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Er wies darauf hin, dass, sollten künftig noch andere Informationen bzw. Zahlen gewünscht werden, ihm dies mitgeteilt werden könne.

Bürgermeister Jungnitsch unterstrich, ihm und der gesamten Verwaltung sei Transparenz sehr wichtig.

24. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, am 22.10.2011 habe es einen Unfall mit einem Feuerwehrfahrzeug gegeben. Dadurch sei die Frage aufgekommen, wie die Feuerwehrleute versichert seien. Natürlich könne die Frage schriftlich beantwortet werden. Er habe aber auch die Bitte, die Feuerwehrleute entsprechend zu informieren.

Bürgermeister Jungnitsch sagte eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu. Er halte es auch für eine gute Idee, die Feuerwehrleute entsprechend zu informieren.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, bei dem Einbruch im Feuerwehrhaus Übach habe sich herausgestellt, dass das kleinere Fahrzeug nicht Teilkasko versichert gewesen sei. Er würde gerne wissen, wieso nicht und wie die anderen Fahrzeuge versichert seien. Auch würde er gerne wissen, wie hoch die Kosten für eine Ersatzbeschaffung seien und wie diese finanziert werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** antwortete, warum das Fahrzeug nicht teilkaskoversichert gewesen sei, könne man im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen. Alle anderen Fahrzeuge seien jedoch entsprechend versichert.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, die Fragen nach der Ersatzbeschaffung und der Finanzierung werde man schriftlich beantworten.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** fragte nach dem Stand Buswartehäuschen Marienberg.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, er habe in der Angelegenheit regen Email-Verkehr mit Herrn Winkens von der WestEnergie und Verkehr GmbH gehabt. Dieser habe sich für die Verzögerungen entschuldigt. Mit der Erstellung der Fundamente habe man zwischenzeitlich begonnen. **Bürgermeister Jungnitsch** werde die Angelegenheit weiter im Auge behalten.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 20.07 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.45 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin